

Keine Beteiligung am Krieg um Ressourcen im Irak und in Afghanistan

Für eine nachhaltige Friedenspolitik

Nein zum neuen Militärgesetz – Friedenspolitische Argumente

Zusammen mit der Botschaft zur Beteiligung der Schweizer Armee an der Militäroperation NAVFOR Atalanta in Somalia stellt der Bundesrat die Revision des Militärgesetzes vor, mit welcher eine neue gesetzliche Grundlage für eine weitergehende Beteiligung der Armee an militärischen Interventionen geschaffen werden soll. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA lehnt die Revision ab, da sie dem militärischen Interventionismus Tür und Tor öffnet. Die Schweiz soll sich stattdessen verstärkt mit zivilen, diplomatischen und aussenpolitischen Mitteln für die Lösung von Konfliktursachen engagieren:

Keine Beteiligung am Krieg um Ressourcen im Irak oder in Afghanistan

Keine Blankochecks für Auslandeinsätze

Die Vorlage sieht vor, dass sich die Schweizer Armee künftig an «internationalen Polizeiaktionen» beteiligen darf. Damit greift der Bundesrat in die wortschöpferische Trickkiste: Eine völkerrechtliche Definition, was unter einer solchen Aktion zu verstehen ist, gibt es nicht. Unklar bleibt deshalb auch, wer legitimiert ist, eine solche zu beschliessen.

Keine Militarisierung der Aussenpolitik

Der Bundesrat verharmlost die Beteiligung von Schweizer Soldaten an militärischen Interventionen, indem er sagt, dass es lediglich um eine polizeiliche Unterstützung von sogenannten «Failed States» gehe (Staaten, welche ihre grundlegendsten Funktionen nicht mehr wahrnehmen können). Fakt ist: In «Failed States» – wie beispielsweise in Afghanistan oder im Irak – installieren nicht selten westliche Mächte eigentliche Marionettenregierungen. Diese ermöglichen den westlichen Mächten in schlechtester Kolonialtradition die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen – wenn nötig mit militärischer Gewalt. Mit dem neuen Gesetz kann sich die Schweiz an diesem Krieg um Ressourcen beteiligen. Die Schweizer Aussenpolitik würde in einem dramatischen Ausmass militarisieren.

Gegen die Schwächung der UNO

Laut Gesetzestext darf sich die Schweiz an einem Einsatz beteiligen, wenn «mehrere Staaten» oder «eine internationale Organisation» die Schweiz darum ersuchen. Ein Mandat einer völkerrechtlichen Organisation ist somit keine zwingende Voraussetzung für die Entsendung von Schweizer Soldaten. Damit hilft die Schweiz mit, die Bedeutung des Völkerrechts und der UNO weiter zu untergraben – eine fatale Entwicklung, welche nach den völkerrechtswidrigen Kriegen der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan und Irak auch von der offiziellen Schweiz kritisiert wurde.

Keine Beteiligung am Krieg um Ressourcen

Bedingung für einen Schweizer Militäreinsatz ist laut Vorlage, dass «schweizerische Interessen di-

rekt oder indirekt» gefährdet sind. Was das konkret bedeutet, führt der Bundesrat in der Gesetzesbotschaft aus: Die Schweizer Armee soll dann militärisch intervenieren können, wenn es darum geht, den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu verteidigen: Schutz von Erdöl- und Erdgaspipelines sowie von Naturschätzen wie Uran gehören ebenso zu den möglichen Einssatzszenarien wie die «Kanalisation und Absicherung von Migrationsströmen». Damit ist klar: Die Schweiz kann sich mit dem neuen Gesetz am «global war on terror» beteiligen, bei dem es primär um die Sicherung von Rohstoffen und deren Transportwegen geht.

Frieden herbeibomben?

Der Bundesrat erhält mit dem neuen Gesetz die Kompetenz, die Bewaffnung der Truppen selbst zu bestimmen. Während die Bewaffnung bei Auslandseinsätzen im Rahmen von Friedensförderungsdiensten klar auf den Selbstschutz der Soldaten beschränkt und die Beteiligung an Kampfhandlungen ausgeschlossen ist, ist bei Einsätzen unter dem Deckmantel des «Assistenzdienstes im Ausland» eine weitergehende Bewaffnung nicht ausgeschlossen. Mit dem revidierten Gesetz könnte die Schweizer Armee vielleicht dereinst sogar bei der Bombardierung von Piraten- oder Terroristenstellungen mitmachen: Die neuen Kampfflugzeuge der Schweizer Luftwaffe sollen ja bekanntlich bomberfähig sein.

Für eine nachhaltige Friedenspolitik

Konfliktursachen präventiv bekämpfen

Soziale Ungerechtigkeit, Armut und Hunger bergen Sicherheitsrisiken, auch für die Schweiz. Diese Gefahren können jedoch nur mit präventiven, politischen und sozialen Massnahmen nachhaltig bekämpft werden. Noch immer erfüllt die Schweiz die Forderung der UNO nicht, 0,7% des Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Zudem soll die Schweiz erneuerbare Energien fördern, damit die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen reduzieren und die globalen Konflikte um Ressourcen entschärfen. Und schliesslich soll die Schweiz ihr ziviles Engagement zur Stärkung von fragilen Staaten verstärken.